

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Die Mieten steigen immer weiter! Wie kann es sein, dass Mietwohnungen umgewandelt, zweckentfremdet oder zu Eigentumswohnungen gemacht und vormalige Anwohner auf diesem Wege vertrieben werden? In vielen Regionen in Oberhavel ist angemessener und bezahlbarer Wohnraum nicht vorhanden! Immer mehr Menschen müssen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben. „Bei Empfängern von Grundsicherung machen die Wohnkosten sogar oft einen höheren Betrag aus, als die durch das Amt gewährte Regelleistung“ berichtet Jurist Michael Elte, Sprecher der AG Soziales der LINKEN Oberhavel. In unserer Landesverfassung wurde das Recht auf Wohnen als Staatsziel formuliert. Daran geknüpft sind insbesondere Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, Mieterschutz und Mietzuschüsse. Umso verständlicher ist es, dass sich die Bundesregierung immer



mehr aus einer sozial steuernden Wohnungspolitik zurückgezogen und mit dem jüngst beschlossenen Mietrechtsänderungsgesetz das Recht für Mieter auch noch geschwächt hat. Im Wahlprogramm der LINKEN heißt es dazu: „Nach der Finanzkrise sind die Spekulationen mit Wohnungen explodiert und die Mieten

enorm gestiegen. Wir wollen die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern stoppen und Mietpreise begrenzen. Wir brauchen mehr Wohnungen mit Sozialbindung.“ Zum Wohnen gehört für DIE LINKE auch die Versorgung mit Energie, dazu steht im Programm: „Eine Energiewende wird erst richtig nachhaltig, wenn die Versorgung mit Strom und Wasser als Grundrecht garantiert ist und Energie durch soziale Staffelung bezahlbar bleibt. Die Versorgung gehört in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle. Stromsperrern sollen verboten werden.“

Stefanie Rose, Vizechefin der Oberhaveler LINKEN sagte dazu kürzlich, „DIE LINKE unterstützt Rekommunalisierung von Mietwohnungen und gemeinwohlorientierte Eigenbetriebe der Kommunen. Hierzu bedarf es eines Rekommunalisierungsfonds. Gleichzeitig dürfen Wohnungsverkäufe nicht mehr steuerbegünstigt sein.“

Bisher gehen energetische Sanierungsmaßnahmen einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. „DIE LINKE fordert, dass die Umlage von Sanierungsmaßnahmen auf den Mietpreis von elf auf fünf Prozent gesenkt wird und nach zwanzig Jahren zurückgenommen werden.“ so Rose weiter. An einigen Orten fehlt es an Sozialwohnungen. Auch barrierefreie, bezahlbare Wohnungen sind nur schwer zu finden. Rose fordert deshalb, dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaus von der Bundesregierung wieder als ihre Aufgabe verstanden wird.

Weitere wohnpolitische Forderungen können im Wahlprogramm nachgelesen werden. Eine ist zentral: Wohnen ist ein Menschenrecht! RR

Warum die DIE LINKE wählen?

Familienfest am Lehnitzsee gab auch Antwort auf die Frage:

Der Einladung zum diesjährigen Familienfest am Lehnitzsee folgten viele Oranienburger und Gäste aus dem Landkreis. Rund 600 kamen und nutzten die Chance, sich in familienfreundlicher Atmosphäre über die Politikangebote der LINKEN zu informieren. Neben dem Bundestagsabgeordneten Thomas Nord war auch Harald Petzold, der für DIE LINKE am 22. September den hiesigen Wahlkreis erobern möchte, vor Ort. Beide stellte sich am Mikrophon und in vielen persönlichen Gesprächen den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Auch die Roten Reporter nutzten die Chance für ein Gespräch mit Harald Petzold:

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Wie ist die Stimmung? Ich nehme bei vielen Wählerinnen und Wählern eine große Skepsis gegenüber der Politik und viel Verunsicherung darüber wahr, wie sich ihr Leben in der Zukunft gestalten wird. Es ist noch viel Überzeugungsarbeit nötig, um „rüberzubringen“, dass Unzufriedenheit ohne eine konkrete Handlung zu keiner Veränderung führt. Deshalb versuche ich den Zusammenhang deutlich zu machen, der zwischen einer konkreten Wahlhandlung und der Chance besteht, auf diesem Wege tatsächlich Politik zu beeinflussen.



Dass Harald Petzold (re) nicht nur Politik kann, zeigt er bei seinem gemeinsamen Auftritt mit dem Duo Unbeschwert. Foto: H. Pilz

Worin besteht dieser deiner Meinung nach?

Der ist relativ einfach erklärt: Sich zurückzuziehen und seine Unzufriedenheit auf das Schimpfen am Abendbrottisch zu reduzieren, nützt letzten Endes denjenigen, die für die aktuelle Situation die politische Verantwortung tragen. Deren Anhänger werden auf jeden Fall zur Wahl gehen und damit `die

Macht` sichern. Deshalb ist es wichtig, Unsicherheit, Frust oder Unzufriedenheit in einer Wahlentscheidung zum Ausdruck zu bringen: „Stopp! Wir sind mit der aktuellen Politik nicht einverstanden. Deshalb wählen wir die Alternative.“

Und da hast du eine Empfehlung?

Selbstverständlich! DIE LINKE. Sie ist die Partei, die am konsequentesten die Umstände und die politisch Verantwortlichen kritisiert. Die Anderen haben zu Verunsicherung, Frust und Unzufriedenheit beigetragen. Die LINKE zeigt dazu seit Jahren Alternativen auf und setzt sie dort um, wo sie Teil der dafür notwendigen Mehrheiten ist. So hat sie beispielsweise in Brandenburg eine Lohnuntergrenze eingeführt, die bundesweit zu einem gesetzlichen Mindestlohn ausgebaut werden könnte. Kita, Lehrerstellen oder Renten-Initiativen wären weitere Stichworte für „100% Sozial“ in Brandenburg. **Aber mit der LINKEN will doch niemand – außer in Brandenburg – zusammenarbeiten. Sind Stimmen für DIE LINKE nicht verschenkte Stimmen?**

Ganz und gar nicht! Im Gegenteil. Die letzte Bundestagswahl hat deutlich gemacht: Ein sehr gutes Stimmresultat für DIE LINKE ist die beste Garantie dafür, dass die anderen Parteien zum Umdenken gezwungen werden. Aus Furcht vor einer noch stärkeren LINKEN ändern sie ihre Politik. Damit schafft DIE LINKE eine ganze Menge und kann das Land sozial gerechter, demokratischer und friedlicher machen. Auch wenn die anderen Parteien noch nicht wahrhaben wollen, dass ihr Ausgrenzungskurs falsch ist



In Zehdenick hängt Harald Petzold gut vier Wochen vor der Wahl das erste Plakat im Nordkreis auf und gibt damit den Startschuss für die Kampagne der LINKEN im Kreis. „Wir wollen mit Inhalten überzeugen, deshalb sind unsere Plakate auch auf das Wesentliche reduziert.“ teilte Ralf Wunderlich, Kreiswahlkampfleiter der LINKEN Oberhavel mit. DIE LINKE hat 1.700 Themenplakate für den Landkreis vorgesehen. Eins davon ist das im Bild zu sehende Ostrentenplakat. Die Rentenanpassung stand zwar im Koalitionsvertrag, wurde aber von Merkel vergessen. Foto: R. Wunderlich



Neben einer Hüpfburg, Ponyreiten, Kinderschminken und einem Basteltisch des Creativ Zentrums sorgte Clown Frank für gute Laune bei den Kindern. Am Stand der LINKEN gab es am Glücksrad kleine Preise zu gewinnen. Foto: F. Kruse